

(Beifall von den GRÜNEN – Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Können wir morgen machen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Beckamp.

Roger Beckamp^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem jetzt alle Redner auf die eher beschreibenden Einbringungsausführungen der Ministerin verwiesen haben, tue ich das, ehrlich gesagt, genauso; denn viel mehr gibt es derzeit auch nicht, und wirkliche Erkenntnisse werden wir wahrscheinlich erst in der Anhörung erhalten. Dann warten wir doch ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Beckamp. – Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, war der letzte Redebeitrag zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich schaue vorsichtshalber in die Runde. – Es bleibt auch dabei.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/13799 an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen in der Federführung. Die Mitberatungen gehen an den Rechtsausschuss sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides war nicht der Fall. Dann haben wir **Gesetzentwurf Drucksache 17/13799** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

11 Vielfalt und Facettenreichtum unserer Gesellschaft muss sich auf der Bühne und seinen Strukturen abbilden!

Antrag
der Fraktion SPD
Drucksache 17/13779

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Bialas das Wort.

Andreas Bialas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rassismus, Sexismus und Diskriminierung haben in unserer Gesellschaft nichts, aber auch rein gar nichts verloren. Wer ein gleichberechtigtes, auf Teilhabe ausgerichtetes Miteinander in wertschätzendem Umgang aller Mitglieder, wie unterschiedlich sie auch sein mögen,

wünscht, muss dafür einstehen und es an allen Orten und zu allen Zeiten fordern.

Wer für Vielfalt und Facettenreichtum steht, muss darauf achten, dass dies nicht konterkariert wird, schon gar nicht in öffentlich geförderten Einrichtungen, auch nicht in solchen der Kultur.

Die Werte, die vor und auf der Bühne gelebt werden, müssen auch hinter der Bühne gelten. Geforderte Werte sind nicht abstrakt; sie müssen konkret die Menschen erreichen. Wir alle wollen ja nicht nur stets fordern; wir möchten deren Verwirklichung.

Mit der Ausformung unserer Werte, also der konkreten Umsetzung ins Reale, muss man gut leben können, muss man sich wohlfühlen können, muss man gesichert und im besten Falle geborgen sein. Werte sind nicht nur Worte. Sie schaffen Lebensbedingungen.

Aber wer sagt uns, was diskriminierend ist? Wer bestimmt, was erlaubt, genehm, gemäß ist und was nicht? Wo fließen hier die Grenzen zwischen Recht, Moral, meinerwegen auch Rahmenbedingungen und Freiheiten einer künstlerischen Produktion, aber auch dem Leiden der Betroffenen?

Häufig sehen wir nach Vorfällen und einer Form des öffentlichen Drucks, dass sich von rassistischen, sexistischen, diskriminierenden Vorfällen distanziert wird, man natürlich alles aufklärt und die Haltung an sich eindeutig und klar ist. Und natürlich wird sehr viel unternommen, damit sich derartige Vorfälle nicht wiederholen; übrigens hat man auch schon viel unternommen.

Betroffene erreicht das oftmals nicht. Unsicherheiten sind so nicht ausgeräumt, Ängste nicht beseitigt. Gerade die Betroffenen schildern, dass sie nicht den Eindruck hätten, dass sich viel gekümmert worden sei. Meist müssen die Opfer hier mehr tun und um ihre Rechte kämpfen.

Oftmals gehen die Opfer, ziehen sich zurück, kündigen, verlassen gar den Beruf. Sie kommen häufig auch innerhalb des Systems nicht zu Wort.

Und die vermeintlichen Täter? Missverstanden worden seien sie, nicht so schlimm gewesen sei es. Strafrechtlich relevant war es nicht. Entschuldigt habe man sich. Es sei ein Witz gewesen, vielleicht nicht klar die eigene Haltung darstellend, da man natürlich selbst alles andere sei als ein Sexist, Rassist etc.

Wir hören Grundsatzbekundungen, Rechtfertigungen, Relativierungen. Nur, eines ist auch klar: Niemand muss sich mit dem N-Wort nennen lassen. Niemand muss sich „Sklave“ rufen lassen. Niemand muss sich auf den Hintern tätscheln oder in den Nacken küssen lassen. Wir wollen keine Typen mit Kapuzen auf dem Kopf und auch keine Bademantelträger.

Für uns ist klar: Wir müssen auf der Seite der Betroffenen stehen, und wir müssen sie zu Wort kommen lassen. Aber unser Ansatz ist hier kein moralisierender Zeigefinger und auch keiner, der meint, das Problem sehr schnell lösen zu können, sondern unser Ansatz ist zunächst der eines Zuhörers und Betrachters. Wir müssen wahrnehmen.

Wie lassen sich Verstöße benennen, deren Häufigkeit und Qualität feststellen, einordnen und anschließend analysieren? Und was ermöglicht überhaupt diese Verstöße? Woran liegt es? Ist es das Verhalten Einzelner? Liegt es an Strukturen, an Hierarchien, an Abhängigkeiten, gar an einem falsch verstandenen Kunstverständnis, an fehlender Gegenreaktion? An was?

Und: Wie lässt sich vor allem das wertschätzende Miteinander im eben genannten Sinne anstreben und erreichen? Für uns durch Hingucken, durch Wahrnehmen, durch Aufschreiben, durch Feststellen zunächst einmal dessen, was ist, nicht dessen, was vermutet oder gefühlt oder gemeint wird, sondern dessen, was an entsprechenden Stellen beobachtet werden kann, was also ist.

So beginnt Wissenschaftlichkeit für uns mit einer Bestandsaufnahme und einer anschließenden Analyse. Daraus resultiert unsere Forderung nach der Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie.

Was uns, die wir Kultur lieben, die wir Kunst und Kultur fördern, die wir um Gelder und Ansehen und Renommee für Kunst und Kultur und deren Einrichtungen kämpfen, schwerfällt, ist eine Auseinandersetzung mit den Dingen, die uns selbst betreffen und die nicht schön und gut, aber möglicherweise eben leider wahr sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Petelkau.

Bernd Petelkau¹⁾ (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diversität beinhaltet ein großartiges kulturelles und künstlerisches Potenzial, das auch in Nordrhein-Westfalen noch stärker genutzt werden kann. Deshalb springt man zu kurz, wenn man Diversität, wie im vorliegenden Antrag, zunächst einmal nur als Antwort auf Rassismus und Diskriminierung auffasst.

Ja, in unserem Land darf es keine Form von Rassismus und Diskriminierung geben – egal wo und egal, gegen wen sich der Hass auch richtet. Unsere Maßstäbe sind gegenseitiger Respekt, Toleranz, Gemeinschaft, Vielfalt und Gleichberechtigung.

Aber für die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung gibt es bewährte Instrumente, die wir seit Jahren nutzen und auch landesseitig fördern. Dies bedeutet vor allem eine regelmäßige Schulung von Führungskräften und Mitarbeitenden, Ombuds- und Vertrauensleute, die als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, unabhängige Whistleblower-Systeme und Verhaltenskodizes, die gerade in Extremsituationen enge Grenzen für das gegenseitige Miteinander aufzeigen.

Wir erwarten zu Recht auch oder vielleicht gerade von Kulturinstitutionen, dass sie die Werte Respekte, Toleranz, Gemeinschaft, Vielfalt und Gleichberechtigung nicht nur einhalten, sondern auch vorleben.

Ein Wegducken oder Ignorieren von Verstößen darf es nicht geben und wird es mit uns auch nicht geben. Oberstes Ziel bleibt deshalb, jeden Fall von Rassismus und Diskriminierung aufzuklären und Verstöße klar zu ahnden.

Ob uns die im vorliegenden Antrag geforderte Studie zu neuen Erkenntnissen führt, ist allerdings fraglich. Den Austausch hierüber sollten wir im Ausschuss aufnehmen und vertiefen.

Unabhängig davon treiben die NRW-Koalition und das Kulturministerium das Thema „Diversität“ weiter voran, um es noch stärker in unserer Kulturlandschaft zu verankern. Denn gerade Nordrhein-Westfalen bietet eine wunderbare Vielfalt an Menschen, die wir im Sinne des Kulturstandortes nutzen können und müssen.

Beispielhaft für die Aktivitäten des Landes ist das neue Referat im Kulturministerium zu nennen, das sich um die Themen „Diversität“ und „Teilhabe“ kümmert.

Auch das Kulturgesetzbuch, das wir morgen diskutieren werden, greift das Thema schon auf.

Darüber hinaus ist ein neues Förderprogramm für Diversitätskonzepte speziell in Kultureinrichtungen landesseitig in Vorbereitung.

Wenn es vorliegt, sollten wir entscheiden, ob es weiterer politischer Initiativen bedarf, um das Thema „Diversität“ im Kulturbereich noch breiter aufzustellen.

Unser parteiübergreifendes Ziel ist und bleibt, das Thema „Diversität“ auch in Kunst und Kultur fest zu verankern. Unabhängig davon stimmen wir der Überweisung des Antrags zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Petelkau. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Deutsch.

(Beifall von der FDP)

Lorenz Deutsch (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sind Künstlerinnen und Künstler eigentlich bessere Menschen? Wahrscheinlich nicht. Werden sie dazu, wenn sie in einflussreiche Positionen kommen, gar Macht ausüben können? Ziemlich sicher nicht. Es sind Menschen wie wir alle, mit ihren Stärken und ihren Schwächen. Und doch irritiert es uns alle besonders, wenn Nachrichten von Diskriminierung, von Rassismus oder gar von Missbrauch aus dem Kultursektor kommen.

Ich möchte gern drei Fragen stellen: Warum werden diese Themen von uns besonders sensibel aufgenommen? Was sind spezifische Bedingungen im Kulturbereich, die solche Vorkommnisse vielleicht besonders begünstigen? Was können, was sollten wir sinnvollerweise tun?

Warum irritieren uns Nachrichten von Diskriminierung und Übergriffen im Kulturbereich besonders? Ich denke, es sind seine Vorbildfunktion und seine Diskursfunktion. Ersteres betrifft insbesondere die berühmteren Vertreter der Kultur, die über ihre künstlerische Tätigkeit hinaus von vielen Menschen als Vorbilder angesehen werden. Dies gilt auch für die Leiter von Einrichtungen, die nach außen, aber auch nach innen besonderen Ansprüchen genügen müssen.

Daneben gilt aber auch: Wer sich als Verhandlungsort für die Fragen und Probleme der Gesellschaft, für ihre Ungerechtigkeiten und Machtgefälle versteht, der steigert auch für sich selbst die Fallhöhe. Entsprechende Aufmerksamkeit ziehen dann Verfehlungen nach sich.

Was sind eigentlich spezifische Bedingungen im Kulturbereich, die so etwas befördern? Warum müssen wir gerade darüber sprechen? Ich möchte hier institutionelle und künstlerische Gründe unterscheiden.

Ganz offensichtlich werden gerade die komplexen, großen Bühnenbetriebe besonders hierarchisch geführt. Neben betrieblichen Erfordernissen spielt hier der Anspruch künstlerischer Führung sicher eine wichtige Rolle. Für manchen Intendanten und manche Intendantin ist das eigene Haus eine Art Instrument, das er, das sie mit künstlerischer Vision bespielt. Das passt dann nicht immer mit demokratisch-partizipativen Prozessen zusammen. Es kreist das böse Wort von den letzten Bastionen des Feudalismus.

Damit berühren wir schon spezifische Gründe, die den Abläufen und Strukturen künstlerischer Prozesse – insbesondere in performativen Künsten – zu eigen sind. Künstlerisches Arbeiten setzt hier nicht selten auf Prozesse der Entgrenzung. Wir stoßen da auf die schwierige Frage, wie Regeln des Umgangs gewahrt werden können, wenn es gleichzeitig um Grenzüberschreitung und Akte der Entäußerung geht.

Gerade Schauspielerinnen und Schauspieler sind im Kontext ihrer Arbeit hochverletzlich. Ihre Arbeit beruht auf Öffnung und Vertrauen. Ihre Situation wird noch verschärft durch die große Konkurrenz am Arbeitsmarkt, in dem intrinsisch hochmotivierte Menschen vieles in Kauf nehmen, um ihre Chance zu bekommen. Abhängigkeitsverhältnisse stellen sich so sehr schnell ein. Beides – künstlerische Prozesse und ökonomische Abhängigkeiten – fordern den Verantwortlichen eigentlich besondere Achtsamkeit ab.

Was können wir also tun? – Was ich vorgetragen habe und die Kollegen hier vorgetragen haben, stellt keine Neuigkeit dar. Lange schon haben es Spatzen von den Dächern gepfiffen. Inzwischen hat es – über leider schon zu viele Fälle – auch öffentliche Debatten gegeben. Wir haben kein Erkenntnisproblem. Wir haben ein Umsetzungsproblem. Deshalb halten wir eine Studie auch nicht für das unmittelbar richtige Moment. Schaden tun die nie wirklich, aber ob uns das jetzt hilft? – Das diskutieren wir zusammen.

Wir müssen den Institutionen, den Verantwortlichen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schnell Angebote machen, die konkret zu Verbesserungen führen. Das können Fachtagungen zu den genannten künstlerischen Praktiken und auch Selbstverständnissen sein, Workshops vor Ort, Sensibilisierungen für die Fragen der Diversität, Strukturen, die Absicherungen bieten, wie zum Beispiel Vertrauenspersonen. Die Bundeskulturstiftung bietet hier mit ihrem 360°-Programm Projekte an. In diese Richtung sollten wir verstärken denken und uns im Austausch darüber austauschen. Ich freue mich darauf. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Deutsch. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Theater ist ein Ort gesellschaftskritischer Auseinandersetzung. Es ist aber andererseits nicht frei von kritischen Strukturen. Auseinandersetzungen darüber dürfen aber nicht nur auf der Bühne stattfinden, sondern es bedarf auch einer kritischen Reflektion der eigenen Strukturen.

Immer wieder sind es eben die auch im Antrag beschriebenen mutigen Einzelpersonen, die auf Missstände hinweisen, oder es sind Gruppenaktionen, die versuchen, das deutlich zu machen. Denn es erfordert auch Mut, über persönliche Verletzungen öffentlich zu sprechen und diese öffentlich zu machen – möglicherweise auch gegen Widerstände.

Vielfalt ist auch auf der Bühne und im Film nicht so selbstverständlich, wie wir das vielleicht alle meinen möchten. Vielleicht wünschen wir uns auch alle, dass

sich das, was filmisch oder darstellerisch zum Vortrag gebracht wird, auch gleichzeitig in den eigenen Strukturen und im eigenen Selbstverständnis so widerspiegelt. Wir unterstellen das, aber nichtsdestotrotz müssen wir feststellen, dass natürlich auch im Kulturbetrieb Diskriminierung und Machtstrukturen vorhanden sind und auch die hinterfragt und angegangen werden müssen.

Diejenigen, die Handlungsbedarfe deutlich machen, brauchen strukturelle Unterstützung. Aber – darauf hat Kollege Deutsch auch schon hingewiesen – sie brauchen diese Unterstützung auch in der Leitung. Auch die Leitungen von Bühnen und Einrichtungen müssen sich ihrer ganz besonderen Verantwortung für die Künstlerinnen und Künstler und auch für alle anderen, die im Kulturbetrieb beschäftigt sind, bewusst sein.

Rassistische Vorfälle, die MeToo-Kampagne oder auch ActOut, die Kampagne der LSBTIQ-Schauspielerinnen und -Schauspieler, haben darauf hingewiesen, dass genau das nicht immer der Fall ist. Das Gefühl von Geborgenheit – dort geborgen zu sein, wo man so viel von sich preisgibt und so viel hineingibt – ist gerade nicht immer vorhanden. Die Sicherheit, dass ich dort, wo ich viel von mir preisgebe, auch den notwendigen Schutz zurückbekomme und in meiner ganzen Persönlichkeit, die ich auch einbringe, respektiert werde, scheint keine Selbstverständlichkeit zu sein.

Ja, natürlich, die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch im Kulturbetrieb widerspiegeln. Genauso muss sich aber auch der Kulturbetrieb selbst hinterfragen und mit der Frage von struktureller Diskriminierung und strukturellen Hemmnissen, gläsernen Decken bis hin zu missbräuchlichen Strukturen auseinandersetzen. Gibt es denn – Kollege Deutsch hat das gerade auch sehr breit dargelegt – diese Strukturen in Theater und Film, die missbräuchliches Verhalten in einer gewissen Art und Weise möglicherweise begünstigen? Wie kann dem dann tatsächlich konkret entgegengewirkt werden?

Ich finde es gar nicht schlecht, wie Kollege Bialas hergeleitet hat, warum es jetzt diese Studie braucht. Das Zuhören, das Wahrnehmen und das Analysieren erst einmal in den Fokus zu nehmen, finde ich gut und richtig. Denn das hat auch etwas mit Respekt zu tun – mit dem Respekt, den wir denjenigen entgegenbringen, die deutlich machen: Hier läuft etwas schief im System, und wir möchten, dass das gehört und ernst genommen wird.

(Beifall von Andreas Bialas [SPD])

Klar ist aber auch, dass Studien dann konkrete Konzepte und Maßnahmen nach sich ziehen müssen. Einiges davon ist ja schon genannt worden: die Frage von Vertrauenspersonen oder von Anlaufstellen. Es geht aber auch um die Frage struktureller Verantwortlicher innerhalb der Strukturen. Es bringt ja

nichts, dass wir uns in Leitbildprozessen auf Leitbilder verständigen und in Workshops sensibilisieren, wenn das anschließend in den Einrichtungen nicht zur tatsächlich gelebten Kultur wird. Deswegen ist es notwendig, dass diese Prozesse auch mit Verantwortlichkeit hinterlegt werden, damit sie dann tatsächlich die Chance haben, den Kulturbetrieb – die Bühnen, die Filme usw. – zu durchdringen und damit zu einem tatsächlichen Leitbild zu werden und zu einer tatsächlichen Umsetzung zu führen.

Ja, man hätte sicherlich schon über die Frage der Studie hinaus die ein oder andere Handlungsnotwendigkeit im Antrag aufführen können. Denn natürlich müssen wir zuhören, wahrnehmen und auch eine Datengrundlage schaffen. Auf der anderen Seite zeigen die hier im Antragstext aufgeführten Beispiele: Es liegt auf der Hand, dass Handlungsbedarfe bestehen. Es liegt auf der Hand, dass wir etwas tun müssen. Vielleicht ist das aber nicht das eine oder das andere, sondern vielleicht kann man die Studie angehen, aber gleichzeitig bereits in die Strukturen hineinwirken. Das wird im Ausschuss sicherlich weiter besprochen. Das würde ich mir wünschen – vor allem im Sinne einer vielfältigen Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Walger-Demolsky.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die SPD – also eine Partei, die tatkräftig dabei mitgeholfen hat, die gesamte Kulturbranche sinnlos in einen vierwöchigen Wellenbrecher-Lockdown zu zwingen, der inzwischen in der 29. Woche ist –, meldet sich nun mit einem Kulturantrag zu Wort.

Um was geht es in diesem Antrag? Gesteht sich die SPD endlich ein, dass Theater, Konzertsäle und Museen keine Infektionsorte sind und auch noch nie waren? Fordert sie nun endlich eine vollumfängliche Öffnung? Oder beantragt sie wenigstens nach über einem verlorenen Jahr, endlich Hygienekonzepte zu testen, damit erneute Schließungswellen in Zukunft definitiv vermieden werden können? – Natürlich nicht.

Nein, sie wollen den Theatern jetzt mit einer Bestandsaufnahme auf die Pelle rücken. Die soll überprüfen, ob NRWs Bühnen auch bunt genug sind. Sie fragen sich: Wie viele Frauen gibt es dort? Wie viele Migranten und wie viele Transsexuelle? Und was ist mit den Menschen mit Behinderung? Oder den Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen? Und wie sieht es mit deren sexueller Orientierung aus? Aber eigentlich geht das niemanden etwas an.

Sie behaupten, all diese Menschen müssten sich – Zitat – „auf allen gesellschaftlichen Ebenen vertreten und gesehen fühlen“. – Aha. Und was, wenn nicht? – Sollte so ein Zensus herausfinden, dass eine Bühne nicht ihren Diversitätsansprüchen genügt – vor allem im ländlichen Raum dürften das gar nicht wenige sein –, droht dann wahrscheinlich bald die Quote? Ein ländliches Mundart-Theater mit Frauen und weißen alten Männern sind für Sie schließlich ein Beleg für angeblich strukturelle Diskriminierung.

Bekommen solche Bühnen dann auch einen Diversitätsbeauftragten? – Eigentlich könnten Sie die Intendanten doch gleich an allen Theatern sparen. Diversitätsbeauftragte würden dann alleinig und streng nach einer staatlichen Vielfaltsvorgabe – Vorgaben, wie sie einst das Kulturministerium der DDR für sämtliche die Kunst betreffende Bereiche gemacht hat – über die Einstellung von Schauspielern und über den künstlerischen Kurs des Hauses entscheiden.

Ihre geforderte Bestandsaufnahme soll aber nicht nur die Vielfalt auf den Bühnen abfragen, sondern sie soll auch Diskriminierungserfahrungen erfassen, was darunter heute auch immer fällt. Sie erwähnen den Vorfall am Düsseldorfer Schauspielhaus, bei dem ein dunkelhäutiger Schauspieler wohl tatsächlich rassistische Erfahrungen gemacht hat. Dabei gibt es dort bereits seit 2019 eine ganze Diversity-Abteilung – die jetzt viel zu tun hat; denn als Antwort auf den Vorfall wird es in Düsseldorf fortan Workshops zu Antirassismus, zu diskriminierungskritischer Diversity sowie zu Stereotypen und zu Vorurteilen geben. Na, wenn das dann nicht hilft?

Auch fordert die SPD im Anschluss an ihre Bestandsaufnahme konkrete Maßnahmen für Spielstätten und Politik zur Entwicklung eines gerechteren und vielfältigeren Arbeitsumfeldes. Ich gehe davon aus, dass Ihnen dabei ebenfalls allerhand Antirassismus- und natürlich auch Antisexismus-Seminare vorschweben. Diese tragen aber leider keineswegs dazu bei, etwaigen echten Rassismus abzubauen geschweige denn die bunte heile Welt einzurichten, von der die Sozialdemokraten und Grünen so gern fantasieren. Das liegt schon an der täglichen Entwertung der Begriffe; das hat sogar die linke Politikerin Wagenknecht erkannt.

Meine Damen und Herren, zum Glück wissen immer mehr Menschen, dass wahrgenommener Sexismus und wahrgenommener Rassismus die bevorzugten Keulen im linken Kulturkampf sind. Der SPD dient der Vorfall in Düsseldorf daher als langersehnter Startschuss für eine MeToo-ähnliche Kampagne im hiesigen Theaterwesen mit dem Ziel, auch noch die letzte Bühne in NRW identitätspolitisch zwangszubeglücken und ein Meinungsklima der Angst zu schaffen – kurz: sie auf ihre ideologische Linie zu zwingen. Wenn das tatsächlich so ist, lehnen wir das ab.

(Beifall von der AfD)

Einer Überweisung stimmen wir natürlich zu.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich eingangs eines grundsätzlich feststellen: Es ist erschütternd, dass sich in den vergangenen Jahren rassistische und diskriminierende Einstellungen, Äußerungen und Taten in Teilen unserer Gesellschaft zunehmend verbreitet haben und uns auch im Alltag immer wieder begeben.

Daher ist es notwendig und richtig, dass rassistischen und diskriminierenden Vorfällen nicht nur nachgegangen wird, sondern diese auch aufgearbeitet werden und mit geeigneten Maßnahmen dafür Sorge getragen wird, dass eine größere Sensibilität für die ausgrenzende, menschenverachtende und verletzende Wirkung solchen Verhaltens entwickelt wird und Rassismus und Diskriminierung verhindert werden.

In diesem Zusammenhang werden auch bestehende Strukturen und Verfahren hinterfragt werden müssen. Für Kunst und Kultur bedeutet dies – das wurde von Ihnen, Herr Bialas, heute schon gesagt –: Was auf der Bühne thematisiert wird, sollte auch hinter den Kulissen den Alltag prägen, und das sind Respekt, Toleranz, Gemeinschaft, Diversität und Gleichberechtigung.

Das Thema „Diversität in Kultureinrichtungen“ ist der Landesregierung schon seit Längerem ein wichtiges Anliegen, das wir mit gezielten Maßnahmen bearbeiten. Es gibt bereits eine vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft geförderte Studie der Zukunftsakademie NRW – kurz ZAK – zum Thema „Diversität in Kultureinrichtungen“ aus dem Jahr 2019. Dafür wurden 262 Kultureinrichtungen zur Relevanz und zur Umsetzung von Diversität sowie zu Potenzialen und Hindernissen befragt. Deutlich wurde dabei, dass die befragten Einrichtungen Diversität als relevantes und wichtiges Handlungsfeld bewerten. Es zeigten sich aber auch Handlungsbedarfe in der konkreten Umsetzung struktureller Maßnahmen. Auch das wurde hier ja angesprochen.

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft hat mit Blick auf diese Ergebnisse aus dem Jahr 2019 und mit ihnen gewissermaßen als Grundlage ein neues Referat für die Schwerpunktthemen „Diversität“ und „Teilhabe“ gegründet. Dabei setzen wir auf konkrete Maßnahmen und Unterstützungsformate, um Diversitätsentwicklungen und strukturelle Veränderungs-

prozesse im Kunst- und Kulturbetrieb in allen Sparten zu stärken.

Im Übrigen sind sechs Institutionen aus Nordrhein-Westfalen Teilnehmer des 360°-Programms der Bundeskulturstiftung, die sich zum Ziel gesetzt hat, diversitätsorientierte Veränderungsprozesse in solchen Einrichtungen in Gang zu setzen. Wie wir anhand der Aktualitäten aber sehen, ist das alleine eben nur ein erster Schritt, und jetzt muss die Umsetzung erfolgen. Das ist, glaube ich, das viel Schwierigere.

Was die Studie der ZAK sowie die Analyse nationaler und internationaler Strategien zur Förderung von Diversität und Teilhabe anbelangt, lohnt sich auch ein Blick in die Wirtschaft oder etwa in englische Universitäten, denn dieses Thema wird in ganz verschiedenen Bereichen teilweise schon sehr aktiv angenommen.

Auf der Basis dieser verschiedenen internationalen Strategien zur Förderung von Diversität und Teilhabe wurde in den vergangenen Monaten ein Gesamtkonzept mit verschiedenen Handlungsbausteinen entwickelt. Im Rahmen dieser beteiligungsorientierten Konzeptentwicklung wurden sowohl Kulturschaffende wie auch Einrichtungen, Verbände von Beginn an eingebunden. Dieser Dialogprozess hat wichtige Anhaltspunkte für vorhandene Defizite ergeben und notwendige Stellschrauben aufgezeigt.

Das so entstandene Konzept wollen wir – so war es ohnehin geplant – in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 24. Juni 2021 vorstellen. Darüber hinaus richtet ein neu geplantes Förderprogramm, das in diesem Kontext entwickelt wurde, den Fokus auf Diversitätskonzepte für Kultureinrichtungen. Es soll begleitend evaluiert werden.

Es gab also bereits einige entscheidende Schritte bei der Aufarbeitung von diskriminierenden Strukturen, die im Wesentlichen die Vorschläge des Antrags abdecken und teilweise sogar darüber hinausgehen. Insofern freue ich mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall von der CDU, Andreas Bialas [SPD] und Henning Höne [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit sind wir am Ende der Beratung zu Tagesordnungspunkt 11, und ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen zur Mitberatung. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall.

Damit haben wir den **Antrag Drucksache 17/13779** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

12 Mehr Fachkräfte für die Planung des Infrastrukturausbaus gewinnen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13774

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat, wie wir alle sehen, für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit diesem Antrag wollen wir einen wichtigen Aufschlag machen, weil wir meinen, dass es für den Ausbau von Infrastrukturen mehr Fachplanerinnen und Fachplaner braucht. Bei den zuständigen Behörden und Ämtern, den Kommunalbehörden und den Bezirksregierungen sind Stellen nicht besetzt bzw. es herrscht dort eine Unterbesetzung.

Dieser Fachkräftemangel hemmt wichtige Infrastrukturausbauvorhaben insbesondere im Bereich der Mobilitätswende und beim Glasfaserausbau und führt zu überlangen Planungs- und Umsetzungsprozessen. Aus unserer Sicht ist das ein Hindernis, und ich bin eigentlich sicher, dass es unter den vier demokratischen Fraktionen ein großes gemeinsames Verständnis gibt, hier entsprechend umdenken und agieren zu müssen.

Eigentlich müssten wir auch gemeinsam dafür Verständnis haben, woraus diese Personalprobleme resultieren. In den 90er- und in den 2000er-Jahren gab es eine breite Meinung, dass Privat vor Staat geht, Stellen abzubauen sind und es schlanker Verwaltungen bedarf. Ich meine, dass diesbezüglich sowohl rot-grüne als auch schwarz-gelbe Regierungen Fehler gemacht haben, und nenne in diesem Zusammenhang eine Zahl: 2005 bis 2010 wurden unter der schwarz-gelben Landesregierung mit einem CDU-Verkehrsminister 680 Stellen bei Straßen.NRW abgebaut. Im Nachhinein beklagte man sich dann, dass Planungsprozesse und Planungsverfahren in den Schubladen liegen würden.

Wir haben dann in der rot-grünen Regierungszeit unter Verkehrsminister Groschek immerhin diesen Stellenabbau stoppen können. Es wurden die ersten Neueinstellungen vorgenommen. Wir begrüßen es als grüne Fraktion durchaus, dass die jetzige Landesregierung und der jetzige Verkehrsminister deutlich nachgelegt haben, dass neue Stellen geschaffen worden sind, damit Planungen vorankommen und entsprechend beschleunigt werden.